Trierischer Volksfreund
MITTWOCH, 12. FEBRUAR 2020

Nicht in Jogginghose in die Schule

Die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Stefanie Hubig (SPD) erwartet, dass Schüler ordentlich gekleidet in den Unterricht kommen. Beim Gespräch in der Volksfreund-Redaktion, an dem auch Schüler teilnahmen, ging es auch um Lehrermangel, Whiteboards und mangelnde Mathekenntnisse.

VON BERND WIENTJES

Bildungsministerin Stefanie Hubig (Vierte von links) diskutiert im Medienhaus Trierischer Volksfreund mit Schülerinnen und Schülern. FOTOS (3): RAINER NEUBERT

TRIER Es ist ein Thema, mit dem die Ministerin gar nicht gerechnet hat. Was sie davon halte, dass Schüler im Unterricht keine Jogginghosen oder generell **lässige Kleidung** tragen sollen, will Ronja Pieroth von Stefanie Hubig während des Redaktionsgesprächs beim Trierischen Volksfreund wissen.

Das werde derzeit an ihrer Schule diskutiert, sagt die 15-Jährige aus Schmitthachenbach (Landkreis Birkenfeld). Auf ihrer Realschule werde das derzeit ein großes Thema. Die meisten Schüler kämen lieber in lässiger Kleidung, weil sie sich darin wohlfühlten.Es gebe auch ordentliche, bequeme Kleidung, sagt die Bildungsministerin. Es sei ein Unterschied, wenn man zu Hause auf dem Sofa liege oder morgens in die Schule gehe, sagt die Bildungsministerin. „Ich sehe, wenn ich ins Büro gehe, auch anders aus, als wenn ich am Wochenende zu Hause bin." Das bedeute nicht, dass man „geschniegelt und gestriegelt" zur Schule gehen müsse, aber „ordentlich angezogen". Ein Jogginghosen-Verbot solle es aber, anders als beim Thema Burka (der TV berichtete), nicht geben. Jede Schule soll selbst entscheiden, ob es Kleidervorschriften geben soll.

Beim Thema **Digitalisierung** klafft offenbar eine Lücke, zwischen dem Alltag in vielen Schulen und dem, was die die Ministerin sagt, nämlich, dass die Schulen gut mit digitalen Geräten ausgestattet sind. Seine Schule sei schon ganz gut digital unterwegs, in fast jeder Klasse hänge ein Whiteboard, also eine elektronische Tafel, sagt Gabriel Schild. Der 19-Jährige macht derzeit gerade sein Abitur auf dem Trierer Friedrich-Wilhelm-Gymnasium. Aber, so der Schüler aus Waldrach (Trier-Saarburg): „Nicht alle Lehrer wissen, wie sie die digitalen Geräte in den Unterricht integrieren sollen."

Es gebe bei der Digitalisierung einen „enormen Fortbildungsbedarf". Bis 2023 sollen daher alle Lehrer eine Grundausbildung in Informatik erhalten. „Es bringt ja nichts, wenn man ein Whiteboard hat und nutzt sie wie eine normale Tafel."

In vielen Schulen liegt die Pflege und Wartung der Geräte und der Systeme in Händen von computeraffinen Lehrern. „Lehrer sollen unterrichten. Sie sollen sich nicht noch um die Geräte kümmern müssen. Dafür soll es externe Kräfte geben", macht Hubig klar.

Das sei aber Aufgabe der Schulträger. Das Land stelle daher den Schulen sieben Millionen Euro für die Einstellung sogenannter Digitalkoordinatoren zur Verfügung. Künftig soll es diese an jeder Schule im Land geben.

Obwohl die Schulen laut Hubig digitaler werden, sollen Grundkompetenzen wie **Lesen, Schreiben und Rechnen** nicht vernachlässigt werden. „Die braucht man im 21. Jahrhundert genauso wie im Jahrhundert davor und danach."

Die digitalen Medien seien nur Mittel zum Zweck. Es werde nie so sein, dass ein Lehrer eine Klasse vor lauter Computer setze und sage „Macht mal." Auch auf das Erlernen der Handschrift werde weiterhin Wert gelegt.

In der Grundkompetenz Mathe scheint allerdings Nachholbedarf zu bestehen, wie der 15-jährige Gymnasiast Dominik Neu aus dem pfälzischen Hettenleidelheim anmerkt. In der **Pisa-Studie** hätten die rheinland-pfälzischen Schüler im deutschlandweiten Mathe-Vergleich mittelmäßig abgeschnitten. Hubig stimmt ihm zu. In Mathe und den Naturwissenschaften bestehe Nachholbedarf.

Die Pisa-Studie habe gezeigt, dass – deutschlandweit – vor allem Schüler aus sogenannten bildungsfernen Elternhäusern Probleme hätten. Daher soll nun in allen 16 Bundesländern wissenschaftlich untersucht werden, was sich in Schulen ändern müsse, um diese Schüler besser zu fördern, sagt Hubig, die seit kurzem Vorsitzende der Kultusministerkonferenz ist.

Das Land habe erkannt, dass es zu wenig **Förderlehrer** an den Schulen gebe. Die müssten aber, genau wie auch Mathe- oder Physik-, Chemie- und Informatiklerer erst einmal ausgebildet werden. Einen tatsächlichen **Lehrermangel** gebe es an den Schulen im Land aber nicht, sagt Hubig. Alle Stellen seien besetzt. Dass trotzdem **Unterricht ausfalle**, liege daran, dass Lehrer krank würden, Lehrerinnen schwanger würden und Lehrer in Elternzeit gingen.

„Die Planstelle ist da, aber die Person, die auf dieser Stelle sitzt, ist nicht in der Schule."

Dann müsste sie vertreten werden. Schulen sollen daher in die Lage versetzt werden, sich selbst Vertretungslehrer zu besorgen. Und falls kein Vertretungslehrer zur Verfügung steht und der reguläre Unterricht bislang ausfalle, sollen, so Hubig, die Schulen Vertretungskonzepte vorlegen.

Die Schüler, die gemeinsam mit TV-Chefredakteur Thomas Roth und TV-Redakteur Bernd Wientjes mit der Ministerin sprachen, waren: Yannick Lehmann aus Landstuhl, Ronja Pieroth aus Schmidthachenbach, Dominik Neu aus Hettenleidelheim, Gabriel Schild aus Waldrach und Fabian Sponholz aus Sirzenich.

Ministerin Hubig beantwortet die Fragen der Schüler.

Schreibt fleißig mit: Dominik Neu aus Hettenleidelheim.

EXTRA

Diskussion über Winterferien

(wie) Kommende Woche beginnen die Winterferien. Als es diese im vergangenen Jahr zum ersten Mal in Rheinland-Pfalz gegeben hat, gab es Kritik daran vor allem von Karnevalisten. Sie glaubten, dass durch die Ferien, die über Fastnacht gehen, viele Aktive lieber in Urlaub fahren würden, als an Umzügen und Sitzungen teilzunehmen. Bildungsministerin Stefanie Hubig kann die Kritik nachvollziehen. Die Winterferien seien aber auf Wunsch der Eltern eingeführt worden. Man werde sich das nun eine zeitlang anschauen und gegebenfalls auch wieder ändern. Im nächsten Jahr wird das ohnehin kein Thema sein. Dann gibt es statt Winter- Pfingstferien. Die Karnelvalsvereine sehen die Winterferien unterschiedlich. Beim Ruck-Zuck in Hermeskeil sieht man dadurch das Brauchtum des Karnevals in Gefahr, weil weniger Besucher zu den Sitzungen kämen. Aus Wittlich und Prüm heißt es, die Ferien hätten keine Auswirkungen.